

**5. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes RLP**  
**mündliche Anhörung am 01.10.2015**  
**vor dem Sozialpolitischen Ausschuss, dem Ausschuss für Bildung,**  
**dem Gleichstellungs- sowie dem Wirtschaftsausschuss**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Drucksache 16/4728

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
16 / 5841 -  
VORLAGE

die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege dankt der Landesregierung, dass sie auch in diesem Jahr nicht nur einen Armuts-, sondern auch einen Reichtumsbericht für Rheinland-Pfalz vorgelegt hat. In unserer Ihnen schon vorliegenden schriftlichen Stellungnahme sind wir zusammen mit der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz ausführlich auf für uns wichtige Dimensionen und Aspekte der Armutsentwicklung eingegangen. Aus diesem Grund wollen wir in der mündlichen Anhörung zunächst die **Aussagen des Berichtes zum Thema Reichtum** akzentuieren, da hier unserer Einschätzung nach entscheidende Stellschrauben der Politik liegen.

Dabei geht es uns weniger um die Zahlen als solche, sondern erstens

**um die Frage, ob materieller Reichtum in Rheinland-Pfalz in angemessener Weise zur nachhaltigen Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen wird.**

Die Finanzierungssalden der Kommunen waren in der Regel in den letzten Jahren durch einen Rückgang der kommunalen Einnahmen bei einem gleichzeitigen Aufgabenanstieg stark negativ. Dies wird durch die derzeitigen Flüchtlingsströme noch verstärkt werden. Wir haben also - so der Bericht - auf der einen Seite eine Zunahme des privaten Reichtums und auf der anderen Seite eine „Verarmung“ der öffentlichen Haushalte mit allen negativen Folgen für die soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene. Als LIGA fordern wir daher ernsthafte Diskurse über eine angemessene Neuordnung der Steuerpolitik, die auch die Frage der Vermögen mit einschließt. Kommunen sind Träger der Daseinsfürsorge. Diese Aufgabe umfasst alle für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner erforderlichen Maßnahmen, also auch die soziale Absicherung und die Verantwortung Teilhabe zu ermöglichen. Dazu müssen die Kommunen in Stand gesetzt werden. Wir sind überzeugt, dass es stimmt, was Bill Gates schon 2003 in einem Interview gesagt hat: nämlich, dass „die Erfolgreichen eines Landes auch deshalb so erfolgreich sind, weil der Staat ihnen dafür die Rahmenbedingungen geschaffen hat.“ Ergo sind sie auch an der Finanzierung dieser Rahmenbedingungen angemessen zu beteiligen.

Es geht zweitens

**um die Frage, wie sich das Verhältnis von Reichtum und Armut auf Ressourcen- und Machtverhältnisse, auf gesellschaftliche Kohäsion und auf den Bestand und die Entwicklung demokratischer Verfassungen auswirkt.**

Der Bericht zeigt in seinen Kapiteln zum Thema Reichtum, dass das Wissen (Forschung) und die Zahlen (Statistik) vor allem zur Gruppe von Reichen, die mindestens 300% über dem Median liegen, weniger differenziert ausfallen als Vergleichbares zum Thema Armut. Hier müsste unseres Erachtens nicht nur in Rheinland-Pfalz nachgearbeitet werden, um die Zusammenhänge besser darstellen und beurteilen zu können. Grundlegend ist jedoch jetzt schon klar, dass die inzwischen fast völlige Abkopplung zwischen den ganz Armen und den ganz Reichen zu einer Entsolidarisierung geführt hat, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt an sich brüchig werden lässt. Beide Gruppen fühlen sich zunehmend nicht mehr zugehörig, sondern entwickeln sich quasi als Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln und Codizes. Demokratie verliert in Folge der extrem ungleichen Machtverteilung für sie an Bedeutung. Dies manifestiert sich – vor allem bei armen Menschen – z.B. in einer äußerst geringen Wahlbeteiligung. Politisches Handeln muss unserer Ansicht nach einen Ausgleich der Machtverhältnisse herbeiführen, die durch die ökonomischen Möglichkeiten entstehen. Geschieht dies nicht, haben wir große Sorge, dass auf Dauer der Sozialstaat durch Sozialdarwinismus ersetzt wird.

Ich möchte nun im Weiteren einen Blick auf einige **strukturelle Bedingungen** werfen, die mit Armut korrelieren:

### **1. Bildung als Wert verliert in einigen gesellschaftlichen Gruppen an Bedeutung**

Nach wie vor gibt es den signifikanten Zusammenhang zwischen Bildung und Armut.

Die Korrelation zwischen schulischem Erfolg bzw. Misserfolg und sozialer Herkunft ist in kaum einem anderen Land in Europa so hoch wie in Deutschland. Das starre und selektierende bundesdeutsche Bildungssystem befördert eher soziale Ausgrenzung, als dass es sie verhindert. Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen sind deshalb sehr oft diejenigen, die in den vorhandenen Regelsystemen von Schule scheitern. Da sich dies seit Jahren nicht verändert, verliert Bildung aus nachvollziehbaren Gründen für ihre Lebensperspektiven zunehmend an Bedeutung. Hinzu kommt, das macht der vorliegende Bericht deutlich, dass Schulbildung allein weder die entscheidenden frühkindlichen Prägungen des Elternhauses,

noch die mit Reichtum verbundenen ungleich größeren Ressourcen ausgleichen kann. Diese von in materieller Armut lebenden Menschen noch hinzu kommende Armut an Macht und Selbstwirksamkeit führt zu Ermüdung und Resignation. Aus Sicht der LIGA muss daher dringend eine Reform des Bildungssystems erfolgen, um die Durchlässigkeit der Systeme zu erhöhen und Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen. Gerade schulische Bildung darf sich weder nur am Primat ökonomischer Verwertbarkeit orientieren noch darf sie ihren Wert hinsichtlich gesellschaftlicher Partizipation und Solidarität aus dem Blick verlieren.

## **2. Rückgang von Arbeitsplätzen für An- und Ungelernte**

In Kombination mit dem gerade aufgezeigten Wertverlust von Bildung, ist das Wegbrechen von Arbeitsplätzen für Menschen, die keine relevanten Bildungsabschlüsse aufweisen, fatal. Hinzu kommt, dass die noch vorhandenen Arbeitsplätze in diesem Sektor immer prekärer werden. Keine Arbeit zu haben bedeutet aber in einer Gesellschaft, die sich hauptsächlich über Arbeit definiert, in der Regel Ausgrenzung und in vielen Fällen Diskreditierung. Arbeit als sinnstiftendes Element und Mittel sozialer Verortung geht durch diese Entwicklung verloren. Eine Arbeitsmarktpolitik, die dies nicht berücksichtigt und entsprechend gegensteuert, verfestigt Armut und ihre Folgen.

## **3. Die Entwicklung des ländlichen Raums**

Der immer stärkere Rückgang der Infrastruktur im ländlichen Raum fördert die Segregation von Armut betroffener Menschen. Nach wie vor findet sich bezahlbarer Wohnraum eher in ländlichen Gegenden, was sie für Menschen mit geringem finanziellem Spielraum attraktiv macht. Auch viele ältere Menschen, insbesondere ältere Frauen mit sehr geringen Renten, leben schon immer im dörflichen Raum. In Rheinland-Pfalz ist in vielen Gegenden eine Nahversorgung nicht mehr gegeben, besonders die gesundheitliche Versorgung auf dem Land bricht weg. Mobilität wird so zum Schlüssel zu Versorgung und Teilhabe und diese immer stärker zu einer Frage materieller Ressourcen. Durch den Abbau des öffentlichen und bezahlbaren Nahverkehrs steigt die Benachteiligung armer Menschen zusätzlich. Sie sitzen in mehr als einer Hinsicht fest. Der ländliche Raum wird selbst zum benachteiligenden Ort. Hier wird besonders deutlich, dass Armutsbekämpfung nur durch eine engagierte Infrastrukturpolitik stattfinden kann.

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege muss die Politik des Landes Rheinland-Pfalz insbesondere die folgenden **Zielgruppen** verstärkt in den Blick nehmen:

- **ältere Frauen**

Das Statistische Landesamt RLP gibt an, dass 65,3 Prozent der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter an Frauen gezahlt werden. Auch der vorliegende Armuts- und Reichtumsbericht weist auf, dass immer mehr Frauen im Alter sehr schlecht versorgt sind. Wir gehen davon aus, dass gerade im ländlichen Bereich viele von ihnen neben der Kindererziehung in Familienbetrieben mitgearbeitet haben und von daher nur eine sehr geringe Rente beziehen. Auf sie trifft in vielen Fällen das Phänomen der verschämten Armut zu. Die engen Strukturen in den Dörfern tragen dazu in erhöhter Weise bei. Hier müssen verstärkt besondere Ansätze der Hilfe entwickelt werden, um die Bedarfe in den Blick zu bekommen und gesellschaftliche Teilhabe für diese Frauen zu gewährleisten.

- **Langzeitarbeitslose**

Der Prozentsatz von Langzeitarbeitslosen in Rheinland-Pfalz hat sich seit Jahren nicht zum Positiven verändert. Diese Perspektivlosigkeit wollen wir nicht hinnehmen und fordern daher vor allem, dass Langzeitarbeitslosen die soziale Teilhabe durch öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglicht werden muss. Handlungsleitende Momente sind dabei Freiwilligkeit und soziale Teilhabe, nicht eine überfordernde Vermittlung in den allgemeinen Arbeitsmarkt.

- **Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen**

In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit weder eine statistische Erfassung der Situation wohnungsloser Menschen, noch eine konzeptionell hinterlegte flächendeckende Versorgung durch alle Gebietskörperschaften. Wir fordern deshalb eine Wohnungsnotfallstatistik und eine regelhafte Erfassung von drohendem Wohnungsverlust. Präventiv grundlegend ist jedoch zum einen bezahlbarer Wohnraum, der für alle Betroffenen staatlich gefördert sein muss. Zum anderen eine bezahlbare Energieversorgung als angepasster und finanzierter Bestandteil im Regelbedarf. Hierfür braucht es die Begleitung des Prozesses über ein Aktionsbündnis gegen Energiearmut in RLP.

- **Benachteiligte und benachteiligende Quartiere**

Zur Bewertung von Armutslagen im Bereich Wohnen muss der Zusammenhang von sozialräumlichen Bedingungen des Lebens in einem benachteiligten Quartier einerseits und der

individuellen Lebenslage andererseits hergestellt und verstanden werden: Vor allem in Städten – in Großstädten und Metropolen, aber auch schon in Kleinstädten – bilden sich besondere Quartiere aus, in denen eine weniger privilegierte, auch ärmere Bevölkerung konzentriert wohnt. Diese sozialräumliche Segregation kann zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheit führen, weil das Lebensumfeld selbst Ungleichheit reproduziert, wenn eine Ansiedlung nach Kriterien des sozioökonomischen Status erfolgt – Wer es sich leisten kann, zieht aus solchen Quartieren weg, zurück bleiben diejenigen, deren finanzielle Spielräume nicht ausreichen. Durch diese Homogenisierung des Umfelds verdichten sich die sozialen Problemlagen und es kommt zu einer Kumulation und Verfestigung: ein benachteiligtes Quartier wird zu einem benachteiligenden Quartier!

Um dieser Segregation entgegen zu wirken, muss eine aktive und engagierte Stadtentwicklungspolitik betrieben sowie in eine flächendeckende Gemeinwesen- und soziale Stadtentwicklungsarbeit investiert werden. Politik muss den Markt so steuern, dass in allen Quartieren gedeihliche Lebens- und Wohnbedingungen mit einer entsprechenden Infrastruktur für alle vorzufinden sind.

### **Unser Fazit**

- Aufgabe einer auf Armutsprävention ausgerichteten Landespolitik ist der Erhalt des sozialen Friedens durch die Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse für alle benachteiligten Menschen in RLP. Dies ist derzeit wichtiger denn je, damit es keine sozialen Verwerfungen zwischen den ankommenden Flüchtlingen und anderen benachteiligten Gruppen gibt.
- Das Vorhalten einer adäquaten sozialen Infrastruktur ist Aufgabe kommunaler Daseinsfürsorge. Diese muss über den Abbau der Diskrepanz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut finanziell unterstützt werden.
- Armutsbekämpfung darf nicht ausschließlich fallbezogen und/oder symptombezogen erfolgen, sondern muss strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, die präventiv wirken.
- Ein neuer Bericht zu Armut und Reichtum sollte auf den Daten, Problemanzeigen und „politischen Schwerpunkten sowie wesentlichen Maßnahmen der Landesregierung“ aufbauen, diese zur Grundlage nehmen und tatsächlich fortgeschrieben werden – im Positiven wie im Negativen.
- Er sollte zudem verstärkt die Auswirkungen extremer Ungleichheit auf gesellschaftliche und politische Prozesse in den Blick nehmen, um dadurch eine bessere Zukunft für alle Menschen in Rheinland-Pfalz gestalten zu können.

